

55. ordentliche FRS-Mitgliederversammlung vom 20. Juni 2000 in Bern

Der Bund soll endlich „avanti“ machen

Anlässlich seiner 55. Mitgliederversammlung, die am 20. Juni im Restaurant „Zum Äusseren Stand“ in Bern stattfand, hat der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS vom Bund verlangt, hinsichtlich der Strasseninfrastruktur endlich „avanti“ zu machen. Mit der gleichlautenden Volksinitiative „Avanti“ lägen die legitimen Forderungen des privaten Strassenverkehrs klipp und klar auf dem Tisch, sagte FRS-Präsident Hans-Urs Merz. In seinem Gastreferat befasste sich der als „Energiepapst“ bekannte Energieexperte Dr. Michael Kohn mit den Energievorlagen, über die am 24. September abgestimmt wird. Dabei hegte Kohn grosse Zweifel an der Wirksamkeit der sogenannten Grundnorm.

In seiner Eröffnungsansprache unterstrich Hans-Urs Merz, FRS-Präsident und ACS-Generaldirektor, dass der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS stets eine offene und ehrliche Sachpolitik betrieben habe. Der FRS sei sich seiner Verantwortung gegenüber der Bürgerin und dem Bürger bewusst. Darum habe man nie ein Blatt vor den Mund genommen und seit jeher Klartext gesprochen, betonte Merz. Nachdem der FRS-Präsident die vom privaten Strassenverkehr erbrachten Leistungen aufgezählt hatte, verlangte er vom Bund, die Realitäten im Verkehrswesen anzuerkennen und die längst fälligen Gegenleistungen in bezug auf die Bereitstellung der Strasseninfrastrukturen zu erbringen. „Jetzt ist die Reihe am Bund, endlich ‚avanti‘ zu machen und seinen Verpflichtungen gegenüber dem privaten Strassenverkehr nachzukommen“, forderte Merz. Damit sprach er ganz konkret die Mitte Januar dieses Jahres lancierte Volksinitiative „Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen“ an, auf die seine Ansprache fokussiert war.

Primär technologischer Fortschritt

Bezüglich Umweltschutz hielt Merz fest, dass dieser im privaten Strassenverkehr primär über den technologischen Fortschritt erfolgen müsse. Lenkungsmassnahmen, Verzicht und Beschränkung seien der falsche Weg. Als technologisches Paradebeispiel erwähnte er den Katalysator, mit dem die Luftschadstoffemissionen um 90 Prozent reduziert worden seien. Mit den Euro-Normen würden die Emissionen nochmals drastisch sinken. Garant dafür seien neueste Motorentchnologien. Eine ernstzunehmende Langfrist-Alternative zum Verbrennungsmotor, blickte Merz in die nahe Zukunft, sei die Wasserstoff-Brennstoffzelle. Mit dieser rücke das emissionsfreie Fahrzeug für die Massenproduktion in Reichweite.

Von der Kostenwahrheit zum Zweckartikel

Betreffend die laufende Diskussion um die Kostenwahrheit konstatierte Merz, dass sogar „gewisse Jünger der Kostenwahrheit“ beginnen würden, dieser abzuschwören. Ihr neues Leitmotiv hätten diese Anhänger der Kostenwahrheit nun in der Förderung der nachhaltigen Entwicklung, die als Zweck in Art. 2 Abs. 2 der neuen Bundesverfassung festgeschrieben ist, gefunden. Mit einem Zitat aus der Botschaft über die neue Bundesverfassung machte Merz deutlich, dass die in besagtem Artikel umschriebenen Staatszwecke weder für den Bund kompetenzbegründend noch von den Bundesbehörden unmittelbar anwendbar seien.

Ökologische Steuerreform – Patentlösung oder Blendwerk?

Als „unnützlich“ und „untauglich“ bezeichnete Gastreferent Dr. Michael Kohn die drei Energievorlagen, über die der Soverän am 24. September abstimmen wird. Diese gingen zu weit und würden eine Fiskalisierung der Energiepolitik etablieren. Der bisherigen Energiepolitik der Schweiz hingegen verteilte er insgesamt gute Noten. Sie sei zwar nicht perfekt, aber besser als viele glaubten. Eine Energiewende wie verlangt werde, sei nicht nötig. In seinem Referat mit dem Titel „Ökologische Steuerreform – Patentlösung oder Blendwerk“ geisselte er das Förderabgabegesetz, den indirekten Gegenvorschlag zur Solar-Initiative. Mit diesem werde ein neues „Subventionskarussell“ angekurbelt, meinte Kohn. Dies passe nicht in die heutige Marktwirtschaft. Der Wirtschaft würden dadurch Milliarden von Franken entzogen, was angesichts der immensen Schulden des Bundes und der Finanzbedürfnisse im Sozial-, Gesundheits- sowie Infrastruktursektor äusserst fragwürdig sei.

Auch an der Wirksamkeit der Grundnorm, die als Einstieg in die ökologische Steuerreform gilt und zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden soll, hegte Kohn grosse Zweifel. Diese Lenkungsabgabe von 3 Mia. Franken pro Jahr sei zwar enorm, werfe aber zu wenig ab, um die Lohnsumme von jährlich total über 200 Milliarden Franken wirkungsvoll senken zu können. Gemäss Kohn behindert sich die Energiesteuer selbst: Denn je mehr sie die Umweltbelastung durch den Rückgang des Energiekonsums reduziere, desto kleiner seien die Fiskaleinnahmen. Die Steuerreform tanze somit im Kreis herum. Auch beschäftigungspolitisch sei die ökologische Steuerreform ein „Rohrkrepieler“. Was in der Schweiz Not tue, sei den von der bewährten Energiepolitik vorgezeichneten Weg weiter zu beschreiten, ohne ständig überrissene Neuerungen einführen zu wollen.

3x Nein zu den Energievorlagen

Der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS sagt dreimal Nein zu den Energievorlagen vom 24. September 2000.

Für die kommende dreijährige Legislaturperiode wurde Claude Gay-Crosier, Direktor im Stab der TCS-Generaldirektion, zum neuen FRS-Präsidenten gewählt. Ebenfalls wurden die FRS-Organe Zentralvorstand und Revisorenstelle für weitere drei Jahre neu bestellt.